

Niederschrift

über die 24. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses
am 03.05.2007 im Großen Sitzungssaal des Neuen Rathauses

Unter Vorsitz von Bürgermeister Heinrich Stommel nehmen folgende Ausschussmitglieder an der Sitzung teil:

Anhalt, Wolfgang,	Ratsmitglied	Abwesend
Capellmann, Peter,	Ratsmitglied	
Cormann, Joachim,	Ratsmitglied	Abwesend
Doose, Friederike,	Ratsmitglied	
Eschweiler, Markus,	Ratsmitglied	09:00 - 11:50 Uhr
Esser-Faber, Margarete,	Ratsmitglied	Abwesend
Frey, Heinz,	Ratsmitglied	
Friedrich, Egbert,	Ratsmitglied	09:00 - 12:30 Uhr
Garding, Harald,	Ratsmitglied	
Gruben, Martina,	Ratsmitglied	Abwesend
Gunia, Wolfgang,	Ratsmitglied	
Gussen, Erich,	Ratsmitglied	10:00 - 16:20 Uhr
Hintzen, Ulrich,	Ratsmitglied	
Hoven, Matthias,	Ratsmitglied	Abwesend
Kieven, Ansgar,	Ratsmitglied	Abwesend
Laufs, Jürgen,	Ratsmitglied	
Müller, Heinz,	Ratsmitglied	
Neuenhoff, Claus Hinrich,	Ratsmitglied	
Dr. Schumacher, Helmut,	Ratsmitglied	
Trzolek, Detlef,	Ratsmitglied	
Bleser, Harald,	Ratsmitglied	(Vertreter für Martina Gruben)
Fink, Ulrike,	Ratsmitglied	(Vertreterin für Egbert Friedrich) 14:00 - 16:20 Uhr
Plum, Wilhelm,	Ratsmitglied	(Vertreter für Matthias Hoven)
Sauer, Karl,	Ratsmitglied	(Vertreter für Margarete Esser-Faber)

Von der Verwaltung nehmen an der Sitzung teil:

Schulz, Martin	Beigeordneter
Prömpers, Andreas	Kämmerer
Kohnen, Karl-Josef	Amtsleiter Kämmerei und Steueramt
Schilde, Reinhard	Amtsleiter Haupt- und Personalamt, zu TOP 3.2, 3.4 und 3.1 (nicht-öffentlicher Teil)
Vogel, Günter	Leiter Volkshochschule, zu TOP 3.2.1 und 3.3
Muckel, Frank	Schriftführer

Bürgermeister Stommel eröffnet gegen 09:00 Uhr die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass die Einladung zu dieser Sitzung fristgerecht zugegangen und der Haupt- und Finanzausschuss beschlussfähig ist.

Änderungen der Tagesordnung ergeben sich nicht.

Die Tagesordnung stellt sich somit wie folgt dar:

Tagesordnung:

- A. Öffentlicher Teil
 - 1. Mitteilungen des Bürgermeisters und Bericht über die Durchführung der Beschlüsse
 - 2. Anfragen
 - 3. Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2007 einschließlich des Haushaltssicherungskonzepts
 - 3.1. Übernahme der Eigenanteile für Lernmittel nach §§ 96, 97 Schulgesetz NRW
 - 3.2. Personalsituation 2007
hier: Auswirkungen auf den Personalhaushalt
 - 3.2.1 Aufhebung des Einstellungsstoppbeschlusses zur Einstellung eines Verwaltungsmitarbeiters an der VHS
 - 3.2.2 Personalsituation 2007
hier: Auswirkungen auf den Personalhaushalt
Bezug: Vorlage HFA/Rat Nr. 571/2007 vom 21.02.2007
 - 3.2.3 Personalsituation 2007
hier: Auswirkungen auf den Personalhaushalt im Bereich Bauhof
Bezug: Vorlage HFA/Rat Nr. 571/2007 vom 21.02.2007
 - 3.3.4 2. Zwischenbericht zum Antrag der CDU/F.D.P.-Fraktionen (Vorlage 355/2006)
 - 3.4. Ausbildungsplätze 2008
 - 4. Änderung des Flächennutzungsplanes „Solarkraftwerk Königskamp III“
Beschluss über die Flächennutzungsplanänderung
- Dringlichkeitsentscheidung -

B. Nichtöffentlicher Teil

Stadtverordneter Garding regt vor Einstieg in die Beratung an, für zukünftige Termine zu überlegen, ob der Beginn der Haushaltsberatungssitzungen auf 9:00 Uhr am Vormittag festgelegt werden muss, da es für Berufstätige schwer sei, diese Termine wahrzunehmen. Einem Ratsmitglied wurde für die heutige Sitzung die Freistellung zunächst nicht gewährt. In der Angelegenheit ist der Städte- und Gemeindebund NRW zur Stellungnahme aufgefordert worden. Ein Ergebnis liege zwar noch nicht vor; er sei aber zuversichtlich, dass die Freistellung zu gewähren ist.

A. Öffentlicher Teil

- 1. Mitteilungen des Bürgermeisters und Bericht über die Durchführung der Beschlüsse
Bürgermeister Stommel erklärt, dass Mitteilungen für den öffentlichen Teil der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses nicht vorliegen.
- 2. Anfragen
Bürgermeister Stommel erklärt, dass Anfragen für den öffentlichen Teil der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses nicht vorliegen.

3. Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2007 einschließlich des Haushaltssicherungskonzepts

Bürgermeister Stommel führt zu Beginn der Haushaltsberatungen aus, dass diese mehrfach verschoben worden sind, weil seitens der Stadt die Gespräche mit der Beteiligungsgesellschaft des Kreises Düren bezüglich des Verkaufs von Anteilen der Stadtwerke Jülich GmbH noch nicht abgeschlossen werden konnten. Die Beteiligungsgesellschaft hat nunmehr ein Gutachten zur Wertermittlung in Auftrag gegeben. Das Ergebnis müsse abgewartet werden. Ein Verkauf der Stadtwerkeanteile stellt sich auch aus steuerlichen Gründen im Jahr 2007 als nicht unproblematisch dar. Diese Aspekte müssen geprüft werden, was noch einige Zeit in Anspruch nehmen wird. Die Gespräche mit der Beteiligungsgesellschaft des Kreises Düren könnten in der zweiten Jahreshälfte fortgeführt werden. Der mögliche Verkauf der Anteile verschiebe sich aber in das kommende Jahr, so dass im Haushalt 2007 noch 200.000 € für Kreditzinsen eingerechnet werden müssen. Zur Erhöhung der Einnahmen beim Anteil an der Einkommenssteuer gibt Bürgermeister Stommel zu bedenken, dass diese sich zwar positiv auf den Haushalt auswirke, die Stadt aber weiterhin einen Schuldenberg von 100 Mio. Euro vor sich trage. Bezüglich der Einsparungen im Personalhaushalt erläutert Bürgermeister Stommel, dass zwar fast 60 Arbeitsplätze eingespart werden konnten, sich aber an verschiedenen Stellen Vakanzen ergeben, die nicht mehr durch Senkung von Standards aufgefangen werden können. Dies sei der Hintergrund für die unter Tagesordnungspunkt 3.2 folgenden Beratungspunkte zur Personalsituation der Stadt Jülich.

3.1. Übernahme der Eigenanteile für Lernmittel nach §§ 96, 97 Schulgesetz NRW (Vorlagen-Nr.: 513/2007)

Stadtverordneter Capellmann bemerkt, dass die Angelegenheit seitens der CDU-Stadtratsfraktion noch nicht abschließend beraten werden konnte. Er bittet deshalb, die Beschlussempfehlung bis zur nächsten Sitzung zurückzustellen.

Im Haupt- und Finanzausschuss herrscht Einvernehmen darüber, die Entscheidung in der Angelegenheit bis zur nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses zurückzustellen.

3.2. Personalsituation 2007
hier: Auswirkungen auf den Personalhaushalt
(Vorlagen-Nr.: 571/2007)

Beschlussentwurf:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den nachfolgenden Bericht zustimmend zur Kenntnis und empfiehlt dem Rat im Vorgriff auf den Haushalt 2007 entsprechend zu beschließen:

- Der Haupt- und Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 10.11.2005 den Bericht der Verwaltung zur Personalkonsolidierung im Rahmen des Haushaltssicherungskonzeptes (Vorlage Nr.: 371/2005) zustimmend zur Kenntnis genommen. Der Bericht ist im Wesentlichen auch heute noch aktuell. Erwähnenswert sind lediglich folgende geringfügige Änderungen:

Seite 1 der Vorlage: Statt 33,44 Stellen nunmehr 35,66 Stellen.

Seite 4 der Vorlage: Statt 66,84 Stellen nunmehr 69,04 Stellen.

- Durch den gravierenden Stellenabbau sind nunmehr erhebliche Personalprobleme entstanden, die nicht mehr durch kostenneutrale hausinterne Lösungen abgefangen werden können. Dabei handelt es sich um folgende Vakanzen:

1,0 Stelle Amt 32 (Einwohnermeldeamt)
1,0 Stelle Vorzimmer Kämmerer
2,0 Stellen Amt 10/11 -Organisation-
0,75 Stelle Amt 10/11 -Personal-
0,5 Stelle Amt 60
5 Wochenstd. Amt 32 (Allg. Ordnungsangelegenheiten)

Die Besetzung der o.g. Vakanzen hat folgende Auswirkungen auf den Personalhaushalt 2007:

- + 30.000 € **Amt 32 (Einwohnermeldeamt)**
Die Exstelle einer Verwaltungsangestellten (1,0 Stellenanteil) war 2006 mit 40.000,-- € ausgewiesen. Für 2007 erfolgte zunächst keine Veranschlagung. Für die Zeit vom 01.01.2007-31.12.2007 wird nunmehr versuchsweise eine Stellenkürzung auf 0,75 Stellenanteil beabsichtigt. Somit verbleiben 30.000,-- € Personalkosten. Die Arbeitszeiten der Mitarbeiterinnen des Meldeamtes werden auf Zeit angepasst. Der Einstellungsstoppbeschluss des Rates wäre in diesem Fall aufzuheben. Gleichzeitig müsste wegen der Dringlichkeit ein Vorgriff auf den Haushalt 2007 erfolgen.
- + 20.000,-- € **Vorzimmer Kämmerer und weitere Sachbearbeitung**
Die Stelle ist seit 01.12.2006 vakant. Am 01.09.2007 kehrt eine Mitarbeiterin aus der Beurlaubung zurück. Zur ordnungsgemäßen Abwicklung der Vorzimmeraufgaben des Kämmerers ist es erforderlich, die Stelle baldmöglichst zu besetzen. Es wird darauf hingewiesen, dass lediglich 15 % der Stelle auf die Vorzimmeraufgaben des Kämmerers entfallen. 85 % entfallen auf Tätigkeiten im Bereich der Kämmererei, des Schulverwaltungsamtes (zusätzliche Aufgaben "NKF" und "Offene Ganztagschule") sowie der Buchungsstelle (Vertretung und Mithilfe bei hohem Arbeitsanfall). Eine vorgezogene Rückkehr der Mitarbeiterin aus ihrer Beurlaubung impliziert ca. 20.000,-- € Personalkosten. Der Einstellungsstoppbeschluss des Rates müsste aufgehoben werden. Gleichzeitig müsste wegen der Dringlichkeit ein Vorgriff auf den Haushalt 2007 erfolgen.
- + 45.000,-- € **Haupt- und Personalamt -Organisation-**
Nachdem 1 Mitarbeiter der Organisationsabteilung zum Ordnungsamt umgesetzt wurde, ist diese Abteilung nur noch mit einem Mitarbeiter besetzt. Dieser Mitarbeiter scheidet am 01.07.2007 aus. Es besteht dringender Handlungsbedarf, 2 Planstellen zu besetzen. 1 Stelle soll hausintern besetzt werden. Hier ist eine erhebliche Einarbeitungszeit von Nöten. Eine weitere Stelle sollte extern besetzt werden. Gerade in der Organisation sind Fachwissen und Berufserfahrung sehr wichtig. Darüber hinaus kann ein „Externer“ vorurteilsfrei Verwaltungsabläufe überprüfen und organisieren. Der Einstellungsstoppbeschluss des Rates wäre aufzuheben. Gleichzeitig müsste wegen der Dringlichkeit ein Vorgriff auf den Haushalt 2007 erfolgen.

- + 0 € **Amt 10/11 -Personal-**
Durch die Freistellung eines Mitarbeiters als Personalratsvorsitzender ab dem 01.07.2006 ist dessen Stelle vakant. Eine anteilige Kompensation erfolgt über die Auslagerung der Kindergeldsachbearbeitung zum Landschaftsverband Rheinland, so dass eine Restvakanz von 0,75 Stellenanteil verbleibt. Diese soll hausintern aufgefangen werden.
- + 0 € **Amt 60**
Durch die Umsetzung einer Mitarbeiterin zu Amt 50 am 01.08.2006 besteht eine Vakanz von 0,5 Stelle. Auch hier ist eine hausinterne Lösung vorgesehen.
- + 5.000,-- € **Amt 32 (Allg. Ordnungsangelegenheiten)**
5,0 Mehrarbeitsstunden wöchentlich zusätzlich sind für eine Mitarbeiterin des Ordnungsamtes erforderlich. Diese Aufstockung erfolgt zunächst für ein Jahr. Wegen der Dringlichkeit müsste ein Vorgriff auf den Haushalt 2007 erfolgen.
- + 20.000 € Einmalzahlung für Beamte am 01.07.2007. Ein entsprechender Kabinettsbeschluss ist nach Mitteilung der Landesregierung zu erwarten.
- 40.000 € Einsparung einer im Rahmen der gesetzlichen Arbeitszeitänderungen vorsorglich veranschlagten Stelle bei der Feuerwehr. Nach abschließender Prüfung ist diese Stelle doch nicht erforderlich.
-
- + 80.000 €** **Mehrbelastung für den Personalhaushalt 2007**

In den vergangenen Jahren wurden durch sparsames Haushalten regelmäßig Überschüsse im Personalbereich erwirtschaftet. Es wird deshalb versucht, den vorstehenden Betrag haushaltstechnisch zu kompensieren, d.h. der im Haushaltsentwurf ausgewiesene Betrag von **13.915.460 €** wird nicht erhöht. Es wird allerdings darauf hingewiesen, dass diese Maßnahme, wegen der von hier nicht zu beeinflussenden Kosten für Versorgungsleistungen und Beihilfen, als risikobehaftet anzusehen ist.

- In der Vergangenheit wurde Personal stark abgebaut. Mit Blick auf die Haushaltssituation wurden weitere Einsparungen dadurch realisiert, dass Anträge auf Altersteilzeit genehmigt wurden. Das führte einerseits zu kurzfristigen Einsparungen, andererseits waren keine externen Einstellungen vorgesehen. Zukünftig wird dies angesichts der mittlerweile sehr knappen Personalressourcen nur noch in modifizierter Weise gehandhabt werden können. Mit Blick auf die Gesamtsituation ist es deshalb nachvollziehbar, dass immer weniger Vakanzen aus dem Haus gedeckt werden können.

Aktuell liegen 31 genehmigte Anträge auf Altersteilzeit vor. Somit scheidet diese 31 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bis zum Jahre 2011 in zeitlich abgestufter Form aus dem aktiven Dienst aus. In Anbetracht dieser hohen Anzahl wird es zukünftig erforderlich sein, die entstehenden Vakanzen durch vermehrte eigene Ausbildung und ggf. externe Besetzung aufzufangen. Im Rahmen der Einrichtung von Ausbildungsplätzen für das Jahr 2008 wird dem HFA in Kürze eine gesonderte Vorlage zugehen.

Zukünftig kann mit den Anträgen auf Altersteilzeit allerdings nicht mehr so großzügig umgegangen werden, da zur Finanzierung im Rahmen von NKF Rückstellungen zu bilden sind, die den Haushalt schon frühzeitig belasten.

- 3.2.1 Aufhebung des Einstellungsstoppbeschlusses zur Einstellung eines Verwaltungsmitarbeiters an der VHS
(Vorlagen-Nr.: 645/2007)

Beschlussentwurf:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Der Einstellungsstopp vom 13.06.1996 wird für die Einstellung eines Verwaltungsmitarbeiters in Vollzeit an der VHS Jülich aufgehoben. Die Einstellung ist gebunden an dem Zustandekommen von Lehrgängen in Kooperation mit der Job-Com des Kreises Düren und zeitlich befristet (12 Monate ab 01.07.2007).

- 3.2.2 Personalsituation 2007
hier: Auswirkungen auf den Personalhaushalt
Bezug: Vorlage HFA/Rat Nr. 571/2007 vom 21.02.200
(Vorlagen-Nr.: 648/2007)

Stadtverordneter Frey regt an, das Aufgabengebiet der zu besetzenden Stelle im Fachausschuss zu beraten. Es müssten aus der Politik Leitlinien dahingehend vorgegeben werden, welcher Weg in Jülich eingeschlagen werden soll. Diese Schwerpunkte sind dann abzuarbeiten. Es gehe nicht darum, den demographischen Wandel zu erläutern, sondern darum aufzuzeigen, was zukünftig in Jülich gemacht wird.

Nach weiterer Diskussion herrscht im Haupt- und Finanzausschuss Einvernehmen darüber, die Stelle zunächst zu besetzen; Vorgaben, die den Willen des Rates oder eines Ausschusses ausdrücken, können auch später jederzeit gemacht werden.

Beschlussentwurf:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Zum nächst möglichen Zeitpunkt wird bei Amt 56 eine Stelle der Entgeltgruppe 10 TVöD mit einem 2-Jahresvertrag besetzt (Aufgaben: Demografischer Wandel/Kinder- und Familienfreundlichkeit/ Stadtmarketing).

Der Einstellungsstoppbeschluss des Rates wird für diesen Fall aufgehoben.

- 3.2.3 Personalsituation 2007
hier: Auswirkungen auf den Personalhaushalt im Bereich Bauhof
Bezug: Vorlage HFA/Rat Nr. 571/2007 vom 21.02.200
(Vorlagen-Nr.: 649/2007)

Beschlussentwurf:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Zum nächst möglichen Zeitpunkt werden für den städtischen Bauhof zwei Arbeiter mit einem 2-jährigen Zeitvertrag eingestellt.

Der Einstellungsstoppbeschluss des Rates wird für diesen Fall aufgehoben.

- 3.3. 2. Zwischenbericht zum Antrag der CDU/F.D.P.-Fraktionen (Vorlage 355/2006)
(Vorlagen-Nr.: 644/2007)

Beschlussentwurf:

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich dafür

Der 2. Zwischenbericht wird wie folgt zur Kenntnis genommen:

Ausgangslage:

Mit Vorlage 463/2006 zum o.g. Antrag wurde dem Haupt- und Finanzausschuss am 4.12. 2007 folgendes Verfahren zur Vorgehensweise berichtet:

Auszug: „Verwaltungsintern wird ein Reorganisationsmodell entwickelt. Ziele sind die Entwicklung von Optimierungsprozessen mit synergetischen Effekten auf struktureller, personeller und organisatorischer Ebene unter Berücksichtigung der spezifischen Aufgaben der Institute sowie deren Grundlagen. Insofern ist die Untersuchung darauf ausgerichtet, ergebnisoffen zu prüfen, welche Einheiten unter Berücksichtigung unterschiedlicher Kriterien kooperieren oder zusammengefasst werden können.... Der erste Schritt und Ausgangspunkt im Verfahren soll die Untersuchung der Musikschule sein, weil hier der dringendste Handlungsbedarf besteht. Das Ergebnis dieser Untersuchung führt dann zu Überlegungen zur sinnvollen Angliederung/ Zusammenfassung der Musikschule mit anderen Einheiten oder als Teil eines Gesamtkonstrukts... Die Untersuchung der Musikschule und nachfolgend der anderen Einheiten sowie die daraus folgenden Schritte werden mitarbeiterorientiert geführt. Erste Ergebnisse sollen zu den Haushaltsberatungen vorliegen.“

Diese Vorgehensweise fand die Zustimmung des Ausschusses.

Untersuchungsphase der musikschulinternen Reorganisation:

Eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Mitarbeiter/innen der Ämter 10/11 (Organisation), 20/22 (Kämmerei), der VHS und der Musikschule untersuchte die Musikschule unter der Aufgabenstellung „Beschreibung der Aufgabenbereiche und Arbeitsabläufe, Problemfeldanalyse, Lösungsansätze“.

Die Problemfeldanalyse konzentrierte sich auf Struktur, Organisation, Prozessabläufe und Rahmenbedingungen der Musikschule, weil darin die entscheidenden ersten Schritte zur Gesamtoptimierung gesehen wurden. Die gewonnenen Erkenntnisse führten zu einem ersten Lösungsansatz, der sich auf die Einrichtung von allgemeiner und spezieller EDV-Unterstützung als unabdingbare Voraussetzung konzentrierte.

- a) Die Musikschule wird an das Verwaltungsnetzwerk mit Internetzugang und e-Mail-Anbindung angeschlossen.
- b) Die Musikschule erhält eine spezifische Software, die die „Eigenentwicklung“ ablöst und die imstande ist, sämtliche Planungs-, Organisations- und Verfahrensprozesse zu unterstützen. Diese Software und ihre Routinen sind geeignet, Prozesse zu vereinfachen, abzukürzen, Zeit- und Personalkapazitäten zu minimieren, d.h. auch die vorgenommene Stundenreduzierung innerhalb der Musikschul-Verwaltung aufzufangen. Durch diese Software wird es auch außerhalb der Musikschule - also in den betroffenen Schnittstellen der Verwaltung, z.B. Kämmerei, Buchungsstelle und Kasse, insbesondere nach Einführung des Lastschriftverfahrens statt der bislang üblichen Rechnungslegung - zu Zeit-, Personal- und Kosteneinsparungen kommen, sodass sich die Investition in diese Ausstattung in Kürze amortisiert.
- c) Unter dem Gesichtspunkt der Angliederung / Zusammenfassung oder Kooperation von Instituten ist es sinnvoll, dass die eingesetzte Software möglichst kompatibel ist mit bereits genutzter Software innerhalb anderer Institute. Dadurch können ebenfalls zusätzliche Synergien generiert werden.

Unter dem letztgenannten Aspekt wurde geprüft, ob das seit 1997 bei der VHS zur Verfügung stehende Verwaltungsprogramm (Version: „Win-Basys“) auch für die Prozesse in der Musikschule geeignet ist. Dies ist der Fall: Das Programm in der Version „SQL-Basys“ wurde neben den mit „Win-Basys“ identischen Arbeitsroutinen seitens der Her-

stellerfirma mit Zusatzmodulen versehen, die speziell auf die Betriebsabläufe einer Musikschule zugeschnitten sind. Diese Version wurde als ausgereift und optimal (auch im Vergleich mit Programmen anderer Hersteller) bewertet.

Darüber hinaus lassen die einheitlichen Produktlinien in VHS und Musikschule die Option weiterer Synergien z.B. durch Wissensaustausch, weniger Schulungs-/Betreuungsaufwand (durch das vorhandene Fachwissen in der VHS können z.B. erhebliche Schulungskosten – ca. 1.000.- € - eingespart werden) und durch weitergehende Kooperation offen.

Umsetzungsphase der musikschulinternen Reorganisation:

Die Anbindung der Musikschule in das Netzwerk der Stadtverwaltung und der Einkauf des speziellen Software-Programms wurden zwischenzeitlich realisiert und sind weitgehend abgeschlossen. Die Musikschule ist somit auf dem technischen Stand der übrigen Verwaltung und wird in die Lage versetzt, ihre Prozesse zeit- und personalsparend durchzuführen sowie weitere Optimierungsprozesse einzuleiten. Der Kostenaufwand für die Installation des Netzwerkes und das Programm betrug ca. 8.700.- €, die laufenden Kosten für die Leitung betragen ca. 57.- € je Monat (an die Stadtwerke).

Zur Zeit läuft die Eingabe sämtlicher Daten der Musikschule in das neue Verwaltungsprogramm, sodass davon auszugehen ist, dass der Vollbetrieb unter optimierten Bedingungen spätestens zum neuen Schuljahr laufen kann. Dies bedeutet auch, dass ein Betrieb des Sekretariats mit der reduzierten Wochenstundenzahl von 12 Stunden möglich sein wird.

Mit der Verbesserung der Prozessabläufe und den damit verbundenen positiven Effekten (strukturierte, rationalisierte Arbeitsabläufe, Zeit- und Personalsparnis, verbesserter Service für die Musikschuleteilnehmenden) stehen derzeit weitere Optimierungsüberlegungen im Fokus. Dazu gehören vor allem die notwendige Revision der Musikschulordnung und die zukünftige Zusammenarbeit mit dem Förderverein der Musikschule.

Einrichtung eines Verbundsystems

Nach der rein internen Optimierung der Musikschule war – auch im Sinne des vorliegenden Antrages der CDU/FDP-Fraktion – die darüber hinausgehende Optimierungsprüfung Gegenstand der Überlegungen, um weitere Effizienzen zu generieren.

Um diese zu erreichen, werden Volkshochschule und Musikschule in einem Verbundsystem integriert (siehe Darstellung Anlage 1).

Herzstücke des Verbundes sind nach wie vor eigenständige, ihre inhaltliche Ausrichtung und ihr jeweiliges Profil bewahrende Fachabteilungen, nämlich „Volkshochschule“ und „Musikschule“. Aus unterschiedlichen Gründen bleibt auch die finanzielle Darstellung der beiden Institute im Haushalt eigenständig, wobei eine gemeinsame Darstellung als Verbund durchaus möglich ist. Veränderndes Charakteristikum ist die gemeinsame Leitung und ein kooperierendes Verwaltungssystem. Aus pragmatischen Gründen (Schnittstellenvermeidung, Vermeidung von Doppelzuständigkeiten) geht die Musikschule in die Zuständigkeit des Dezernates III und damit in den Ausschuss für Kultur, Integration und Soziales über.

Über die bereits musikschulintern erzielten Effekte hinaus werden weitere Synergien aus der zusätzlichen Straffung und Verlinkung der Prozesse erwartet, die sich im Verbund aus der Kooperation der handelnden Personen ergeben: Auf das Musikschulprogramm kann über das städtische Netzwerk auch in der VHS zugegriffen werden. Die fast deckungsgleichen Geschäftsprozesse von Musik- und Volkshochschule und die Identität des dahinterliegenden Software-Programms werden zu einem Austausch von Personal und Know-How sowie zur Komprimierung von Verfahrensabläufen führen und damit die

erwarteten Synergien in den Instituten aufbauen können. Auch andere Verwaltungseinheiten, allen voran Kämmerei und Stadtkasse, werden erheblich zeitlich und personell entlastet.

Ob und wie weitere Institute in das Verbundsystem integriert werden können, ist den nächsten Untersuchungsschritten vorbehalten.

Mit der Organisationsentscheidung zu einem Verbundsystem zwischen VHS und Musikschule (und ggfls. zur Eingliederung von anderen Instituten bzw. deren Geschäftsprozessen in den Verbund) ist eine andere Überlegung, die auf Kreisebene Gegenstand der Diskussion war, hinfällig geworden: die Zusammenführung der Volkshochschulen im Kreisgebiet. Diese Überlegungen wurden vom Kreis initiiert und konzentrierten sich in erster Linie auf eine Fusion/Kooperation zwischen Kreis-VHS und VHS der Stadt Düren, die Stadt Jülich war in die Gespräche dazu nicht eingebunden. Die beabsichtigte Fusion wäre auch abzulehnen, weil sie für die Stadt Jülich in allen Belangen nachteilig wäre. Die Gründe dafür können im Einzelnen mündlich in der Sitzung vorgetragen werden.

Auch die Stadt Düren hat erkannt, dass sie – selbst unter dem Gesichtspunkt, dass sie die Institution mit dem höchsten Zuschuss im Kreis ist - bei einer Fusion benachteiligt wäre. Sie kann ihre strukturellen Probleme in der eigenen Einheit und selbständig bleibend effektiver lösen. Insofern wurde nach einigen Gesprächen zwischen den Verantwortlichen des Kreises und der Stadt Düren festgehalten, das Thema nicht weiter zu verfolgen (Auskunft des Leiters der VHS der Stadt Düren am 21.2. 2007).

Die Musikschule hatte für ihren Verwaltungsbereich bis zur Versetzung einer Mitarbeiterin zum Sozialamt einen Stellenanteil von 25 Wochenstunden zur Verfügung. Diese wurde dann um mehr als die Hälfte auf 12 Stunden gekürzt und mit einer Mitarbeiterin besetzt, die gleichzeitig in der Stadtkasse eingesetzt war.

Aufgrund einer langfristigen und noch nicht beendeten Erkrankung der in der Musikschule eingesetzten Mitarbeiterin wird diese seit längerer Zeit von einer anderen Mitarbeiterin vertreten, die dort dauerhaft mit einem Arbeitsvertrag von insgesamt 13 Stunden beschäftigt ist. Diese 13 Stunden waren ursprünglich ausschließlich für Hausmeistertätigkeiten vorgesehen, sind aber zur Zeit versuchsweise aufgeteilt in 4 Stunden für Hausmeistertätigkeiten und 9 Stunden für Sekretariatsarbeiten. Die letztgenannten sind während der Vertretungstätigkeit kostenneutral auf 12 Stunden erhöht.

Es ist nunmehr vorgesehen, die erkrankte Mitarbeiterin nach ihrer Rückkehr wieder in die innere Verwaltung umzusetzen. Damit stünde dort ein Stellenanteil von 12 Stunden zusätzlich zur Verfügung. Um die 12 Stunden für das Sekretariat der Musikschule zu gewährleisten, ist es notwendig, den Arbeitsvertrag der jetzigen Vertreterin über die 4 Stunden für Hausmeistertätigkeiten hinaus um 3 Stunden (von 9 auf 12) zu erhöhen. Die Mehrkosten der Erhöhung belaufen sich für den Haushalt 2007 auf ca. 1.500.- € und sind gedeckt (verwiesen wird in diesem Zusammenhang auf die Vorlage 571/2007 – „Personalsituation 2007 / Auswirkungen auf den Personalhaushalt“ und die in Kürze folgende Ergänzung dazu).

Den geringfügigen Mehrkosten stehen mehrere positive Effekte entgegen:

- die innere Verwaltung erhält eine Arbeitskapazität im Umfang von 12 Stunden,
- unter den neuen Rahmenbedingungen ist davon auszugehen, dass das Sekretariat dauerhaft mit 12 Stunden effizient betrieben werden kann,
- Hausmeistertätigkeiten (faktisch reduziert von 13 auf 4 Stunden) und Sekretariatsarbeiten (faktisch reduziert von 25 auf 12 Stunden) werden in einer Person zusammengefasst,

- die betreffende Mitarbeiterin kennt sich in der Musikschulstruktur aus und ist eingearbeitet (auch im neuen Verwaltungsprogramm),
- die übrigen positiven Effekte sind zu 1) aufgeführt.

3.4. Ausbildungsplätze 2008
(Vorlagen-Nr.: 635/2007)

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Im Jahr 2008 werden folgende Ausbildungsplätze eingerichtet:

2 Inspektoranwälter/innen

2 Auszubildende Verwaltungsfachangestellte/r.“

3.5 Beratung des Verwaltungshaushaltes

Stadtverordneter Neuenhoff führt zunächst aus, dass mit der Genehmigung des Haushaltes nicht vor August gerechnet werden kann. Er schlägt aus diesem Grunde vor, in den Bereichen Hochbau und Tiefbau Verpflichtungsermächtigungen für das Jahr 2008 einzusetzen, damit die Maßnahmen am Jahresanfang weitergeführt werden können und nicht die Beratung des Haushalts 2008 abgewartet werden muss.

Kämmerer Prömpers erläutert hierzu, dass, wenn eine Prioritätenliste erarbeitet werde, auch Einnahmen nach 2008 verschoben werden müssen, da das Kreditvolumen bereits jetzt 5 Mio. Euro betrage und der Kreditrahmen von 1 Mio. Euro damit weit überschritten wird. Es bestehe jedoch auch die Möglichkeit Haushaltsreste zu bilden, um angefangene Maßnahmen weiterführen zu können.

HHSt. 1.0000.40002 (Seite 8) – Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgelder –

Stadtverordneter Frey bemerkt, dass der Stadtrat beschlossen hat, die Anzahl der Ratsmitglieder bei der nächsten Kommunalwahl auf 38 Mitglieder zu reduzieren. Dies müsse sich dann auch bei den Aufwandsentschädigungen nach 2009 bemerkbar machen.

Bürgermeister Stommel sagt zu, die Auswirkungen der Ratsverkleinerung bei der nächsten Änderungsliste zu berücksichtigen.

HHSt. 1.0000.63002 (Seite 10) - Repräsentationsaufwand -

Stadtverordneter Garding führt zur Erhöhung des Ansatzes von 2.500 € auf 6.000 € aus, dass der Ehrenring der Stadt Jülich doch nur alle zwei Jahre verliehen werden soll und der Ansatz in diesem Jahr dann nicht erhöht werden braucht.

Stadtverordneter Capellmann erläutert, dass im Haupt- und Finanzausschuss die Regelung getroffen sei, Mittel für eine Ehrenringverleihung in jedem Jahr einzustellen, damit flexibel gehandelt und eine Ehrenringverleihung auch kurzfristig vorgenommen werden kann.

Stadtverordneter Frey schlägt vor, einen Beschluss zu fassen, dass in diesem Jahr kein Ehrenring mehr verliehen wird; die Ansatzserhöhung wäre dann nicht erforderlich.

Bürgermeister Stommel bemerkt, dass in diesem Jahr bereits ein Ehrenring verliehen worden ist und somit schon erhebliche Mittel verausgabt worden sind.

Kämmerer Prömpers erläutert hierzu ergänzend, dass für die Ehrenringverleihung in diesem Jahr Mittel aus dem Jahr 2006 übertragen worden sind. Der Ansatz könne aus diesem Grund reduziert werden, zumal über die Liste der freiwilligen Leistungen noch zu

entscheiden ist.

HHSt. 1.0010.65200 (Seite 14) - Fernmeldegebühren -

Stadtverordneter Neuenhoff bittet um Auskunft, welchen Anbieter die Stadt Jülich nutze, da die Telefongebühren doch einen großen Betrag ausmachen.

Bürgermeister Stommel erläutert hierzu, dass in Kooperation mit dem Kreis eine Vereinbarung mit dem Telefonanbieter bestehe und durch diese bei den Telefongebühren immer günstige Konditionen erzielt werden könnten.

Kämmerer Prömpers bemerkt ergänzend, dass die Telefongebühren im Schnitt um 7,5 % gesenkt werden könnten. Die Aufteilung in die Unterabschnitte erfolge jedoch nach festgelegten Schlüsseln, so dass sich hier nicht immer die exakten Telefongebühren widerspiegeln.

HHSt. 1.0220.56210 (Seite 36) – Fortbildung für Verwaltungsangehörige -

Stadtverordneter Neuenhoff führt aus, dass er die Erhöhung des Ansatzes um 10.000 € für die Schulung im Bereich „Verhinderung von Korruption“ für zu hoch betrachte.

Stadtverordneter Laufs bemerkt hierzu, dass es auch darauf ankomme, wer geschult wird und wo die Schulung stattfinden soll.

Bürgermeister Stommel erläutert, dass nicht nur der Mitarbeiter des Rechnungsprüfungsamtes, der mit der „Verhinderung von Korruption“ betraut ist, geschult werden soll, sondern auch andere Mitarbeiter der Verwaltung.

Stadtverordneter Capellmann bemerkt, dass man nicht so verfahren könne, überall Einsparungen vorzunehmen und hier pauschal 10.00 € einzusetzen. Er schlägt aus diesem Grund vor zu prüfen, ob der Städte und Gemeindebund nicht kostengünstigere Schulungen anbieten kann.

Im Haupt- und Finanzausschuss herrscht Einvernehmen, die Entscheidung in der Angelegenheit bis zur nächsten Sitzung zurückzustellen.

HHSt. 1.0230.65501 (Seite 42) – Kosten für Rechtsgutachten -

Stadtverordneter Garding bittet um Auskunft, wofür die Mittel eingesetzt sind, da im Haushaltsjahr 2005 keine Mittel verausgabt worden sind.

Bürgermeister Stommel erläutert, dass hier nur Mittel benötigt werden, wenn die Erstellung von Rechtsgutachten in Verfahren wie z. B. beim Kulturbahnhof notwendig wird.

Im Haupt- und Finanzausschuss herrscht Einvernehmen darüber, den Ansatz bei dieser Haushaltsstelle von 12.500 € auf 6.000 € zu reduzieren.

HHSt. 1.0300.63000 (Seite 56) – Externe Begleitung „Einführung Neues Kommunales Finanzmanagement -

Stadtverordneter Neuenhoff führt aus, dass in der letzten Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses gesagt worden sei, dass noch nicht feststehe, ob das Neue Kommunale Finanzmanagement zum 01.01.2008 eingeführt wird. Er schlägt aus diesem Grund vor, den Ansatz bei dieser Haushaltsstelle zu reduzieren.

Bürgermeister Stommel erläutert hierzu, dass die Entscheidung über den Start des Neuen Kommunalen Finanzmanagements noch nicht gefallen sei und regt an, den Ansatz in der vorgesehenen Höhe beizubehalten.

Hierüber herrscht im Haupt- und Finanzausschuss Einvernehmen.

HHSt. 1.0610.53010 (Seite 80) – Miete und Wartung Kopiergeräte -

Stadtverordneter Frey bemerkt, dass sich der Haushaltsansatz von 3.360 € um 3.940 € auf mehr als das Doppelte erhöhe. Er bittet hier um Erläuterung warum der Ansatz in diesem Maße steigt.

Bürgermeister Stommel sagt zu, der Angelegenheit nachzugehen.

HHSt. 1.1300.56210 (Seite 110) – Veranstaltungen der Jugendfeuerwehr -

Stadtverordneter Frey führt aus, dass im Haupt- und Finanzausschuss bei den letztjährigen Haushaltsberatungen eine Einigung dahingehend erzielt wurde, den Ansatz bei dieser Haushaltsstelle in den kommenden Jahren zu erhöhen.

Bürgermeister Stommel erläutert, dass der Ansatz erhöht werden sollte, da die freiwillige Feuerwehr eine wichtige Institution darstelle und sich ohne sie für den städtischen Haushalt ganz andere Zwangspunkte ergäben. Er schlägt vor, den Ansatz in diesem Jahr um 100 € zu erhöhen.

Hierüber herrscht im Haupt- und Finanzausschuss Einvernehmen.

HHSt. 1.1600.53000 (Seite 116) – Miete für zusätzliche Fahrzeuge mit Personal -

Stadtverordneter Frey bittet um Auskunft, warum der Ansatz in diesem Jahr auf nunmehr 101.050 € ansteige. Das Rechnungsergebnis 2005 habe bei 82.000 € gelegen.

Bürgermeister Stommel sagt zu, der Angelegenheit nachzugehen.

HHSt. 1.2104.500030 (Seite 148) – Dachsanierung Lehrschwimmbecken -

Stadtverordneter Gunia bittet um Auskunft, welche Maßnahmen mit den vorgesehenen 40.000 € gemacht werden sollen.

Beigeordneter Schulz erläutert, dass es sich bei der Dachsanierung des Lehrschwimmbekens um den letzten Bauabschnitt handle. Es müsse auch eine neue Lüftungsanlage installiert werden. Es sei günstiger, die Maßnahmen jetzt zu verbinden, da der spätere Einbau der Lüftungsanlage mit höheren Kosten verbunden wäre.

HHSt. 1.2104.71800 (Seite 150) – Kosten Offene Ganztagschule -

Stadtverordneter Frey fragt bei der Veranschlagung der Kosten für die Offene Ganztagschule an der Gemeinschaftsgrundschule West nach den Kosten für die Unterbringung.

Kämmerer Prömpers erläutert, dass die Kosten für die Unterbringung bei der GGS West für die Offene Ganztagschule bei 715 € warm liegen. Die Unterbringung in einem Container würde 1.000 € kosten, wobei hier dann noch Energie- und Wasserkosten zuzurechnen wären, also dann bei ca. 1.300 € lägen.

HHSt. 1.2105. _____ (Seite 156) – Kosten Offene Ganztagschule -

Stadtverordneter Frey bittet um Auskunft, warum an der Katholischen Grundschule bislang keine Kosten für die Offene Ganztagschule veranschlagt sind.

Kämmerer Prömpers erläutert, dass derzeit 10 Anmeldungen für die Offene Ganztagschule vorliegen, so dass der Start noch mit einem Fragezeichen versehen ist. Es seien aus diesem Grund auch für das Haushaltsjahr 2007 noch keine Mittel veranschlagt.

HHSt. 1.3520.41400 (Seite 210)–Entgelt tariflich Beschäftigte -

HHSt. 1.3520.43460 (Seite 210)–Beitrag Zusatzversorgungskasse tariflich Beschäftigte -

Stadtverordneter Laufs bittet um Auskunft, warum der Ansatz bei der Haushaltsstelle 43460- Beitrag Zusatzversorgungskasse tariflich Beschäftigte – um 460 € erhöht wird,

während der Ansatz bei der Haushaltsstelle 41400 – Entgelt tariflich Beschäftigte – um 1.400 € sinkt.

Bürgermeister Stommel sagt zu, der Angelegenheit nachzugehen.

HHSt. 1.3660.67910 (Seite 216) – Leistungsverrechnung UA 7710 „Bauhof“ -

Stadtverordneter Frey bittet um Auskunft, wofür im Unterabschnitt Heimatpflege 20.000 € als Leistungsverrechnung Bauhof eingesetzt sind.

Kämmereileiter Kohnen erläutert, dass es sich hier um die Leistungsverrechnung für das Aufstellen der Weihnachtsbäume handelt.

Stadtverordneter Frey bemerkt hierzu, dass bezüglich des Aufstellens von Weihnachtsbäumen auf den Ortsteilen beschlossen worden ist, dass diese Leistungen vom Bauhof nicht mehr erbracht werden. Die Leistungsverrechnung könne dann hier entfallen.

Bürgermeister Stommel sagt zu, die Änderung entsprechend zu berücksichtigen.

HHSt. 1.4370.52040 (Seite 258) – Unterhaltung und Ergänzung Inventar Übergangsheime -

Stadtverordneter Neuenhoff bittet um Auskunft, warum der Ansatz bei dieser Haushaltsstelle von 7.000 € auf 9.000 € aufgestockt wird.

Beigeordneter Schulz sagt zu, der Frage nachzugehen.

HHSt. 1.4370.65200 (Seite 258) - Fernmeldegebühren -

HHSt. 1.4370.65400 (Seite 258) – Fahrtkostenerstattung für Hausmeister -

Stadtverordnete Doose bemerkt, dass die Fahrtkostenerstattung für die Hausmeister deutlich gesenkt werden müsse. Auch die Fernmeldegebühren in Höhe von 2.030 € halte sie für viel zu hoch.

Beigeordneter Schulz sagt eine Prüfung in der Angelegenheit zu.

HHSt. 1.4640.56210 (Seite 276) – Fortbildung des Kindergartenpersonals -

Stadtverordnete Doose regt an, die Fortbildung beizubehalten und den Ansatz bei dieser Haushaltsstelle nicht auf die Hälfte zu reduzieren.

Bürgermeister Stommel sagt zu, der Angelegenheit nachzugehen.

HHSt. 1.4645.67910 (Seite 296) – Leistungsverrechnung UA 7710 „Bauhof“ -

Stadtverordneter Neuenhoff bittet um Erklärung, warum die Ansätze bei der Leistungsverrechnung Bauhof so große Schwankungen aufzeigen. Bei der angesprochenen Haushaltsstelle seien nunmehr 5.000 € vorgesehen; der Ansatz habe aber vorher bei 2.560 € gelegen. Da dies doch enorme Schwankungen sind, bittet er hier um Erläuterung.

Bürgermeister Stommel sagt eine Prüfung der Angelegenheit zu.

HHSt. 1.5600.54000 (Seite 314) – Energie- und Wasserverbrauch Sportheime und Sportplätze -

Stadtverordneter Frey führt aus, dass bei der Haushaltsstelle im Haushaltsplan schon eine Erhöhung des Ansatzes von 72.000 € um 19.000 € vorgesehen ist und diese nun durch die Änderungsliste um weitere 23.000 € erhöht werden soll. Er bittet um Erläuterung für diese Erhöhungen.

Kämmerer Prömpers sagt zu, der Angelegenheit nachzugehen.

HHSt. 1.5720.54000 (Seite 318) – Betriebskosten Badesees -

Stadtverordneter Frey bemerkt, dass der Ansatz für die Wasserproben bei HHSt. 1.110.51000 – Sicherung Natur- und Landschaftsschutz Baggersee Barmen reduziert worden ist; er hätte jedoch hier reduziert werden müssen, da es sich um den Betrieb des Badesees und nicht um Natur- und Landschaftsschutz handelt. Er bittet weiterhin um Mitteilung, ob das Sanitärgebäude versichert ist und wo dieses veranschlagt wird.

Kämmerer Prömpers sagt zu, der Angelegenheit nachzugehen.

HHSt. 1.6300.51003 (Seite 354) – Aufbringung von Verschleißschichten -

Stadtverordneter Neuenhoff regt an, den Ansatz von 25.000 € bei dieser Haushaltsstelle zu erhöhen, da er ihn deutlich für zu niedrig halte.

Stadtverordneter Bleser schlägt als Finanzierung vor, den Ansatz bei den Sozialhilfeausgaben zu reduzieren, da er die Ansätze für die Leistungen nach § 2 AsylbewLG für viel zu hoch angesetzt sieht.

HHSt. 1.6800.11000 (Seite 366) – Parkgebühren Oberdeck Parkhaus Zitadelle -

HHSt. 1.6800.11010 (Seite 366) – Parkgebühren Tiefgeschoss Parkhaus Zitadelle

Stadtverordneter Garding bemerkt, dass wenn sich die Parkgebühren auf dem Oberdeck reduzieren, die Gebühren für die Nutzung des Tiefgeschosses sich doch dann erhöhen müssten.

Stadtverordneter Neuenhoff verweist in diesem Zusammenhang auf den Antrag der CDU- und der FDP-Stadtratsfraktionen bezüglich der Tiefgeschosse. Auch hier müsse eine Erhöhung bei den Gebühren eingerechnet werden.

Bürgermeister Stommel sagt zu, der Angelegenheit nachzugehen.

HHSt. 1.6800.41400 (Seite 366) – Entgelt tariflich Beschäftigte -

Stadtverordneter Frey bittet um Erklärung der Erhöhung des Ansatzes von 33.700 € um 24.260 € auf 57.960 €.

Bürgermeister Stommel sagt eine entsprechende Prüfung zu.

HHSt. 1.8400.54000 (Seite 458) – Bewirtschaftung Grundstück und Gebäude – sonstiges -

Stadtverordneter Frey bemerkt, dass der Ansatz bei der Haushaltsstelle Bewirtschaftung Grundstück und Gebäude Stadthalle von 4.500 € um 4.600 € mehr als verdoppelt wird. Er bittet hier um eine entsprechende Begründung.

HHSt. 1.8400.67300 (Seite 460) – Energiekostenverrechnung mit dem Zweckverband „Sonderschule“-

Stadtverordneter Laufs bemerkt, dass die Verrechnung nach 2009 wegfallen müsste.

Kämmerer Prömpers erläutert, dass die Verrechnung wegfällt sobald das neue Gebäude für die Sonderschule fertig ist.

HHSt. 1.8400.67910 (Seite 460) – Leistungsverrechnung UA 7710 „Bauhof“ -

Stadtverordneter Frey bittet um Auskunft, für welche Tätigkeiten im Unterabschnitt Stadthalle eine Leistungsverrechnung für den Bauhof veranschlagt ist.

Beigeordneter Schulz sagt zu, der Angelegenheit nachzugehen.

HHSt. 1.8810.51005 (Seite 466) – Beseitigung von Pappeln -

Stadtverordneter Neuenhoff führt aus, dass für das Fällen von Pappeln 20.000 € veranschlagt sind. Nach seinem Wissen wird Pappelholz von den Chinesen überall gesammelt. So stehen beispielsweise in Rotterdam Container für den Transport von gesammeltem Pappelholz nach China. Er bittet hier um Prüfung, ob nicht durch die Weiterveräußerung des Pappelholzes Einnahmen erzielt werden können.

Beigeordneter Schulz sagt zu, der Angelegenheit nachzugehen.

3.6 Beratung des Vermögenshaushaltes

HHSt. 2.3520.93500 (Seite 558) – Neuanschaffung von Büchern und Einrichtungen -

Stadtverordneter Garding bemerkt, dass die Kürzung von 5.000 € bei der Neuanschaffung von Büchern und Einrichtungen bei der Stadtbücherei nicht vorgenommen werden sollte um den Bestand der Stadtbücherei attraktiv zu halten.

HHSt. 2.5600. (Seite 584) – Neubau Sportplatz Koslar -

Stadtverordneter Frey führt aus, dass es einen Antrag der JÜL-Stadtratsfraktion gebe, mit dem die Beleuchtung des Genossenschaftsweges beantragt wird. Diese Maßnahme sollte in die Gesamtmaßnahme einfließen.

Bürgermeister Stommel sagt eine entsprechende Prüfung zu.

HHSt. 2.6300.94002 (Seite 592) – Straßenbau „Alte Dürener Straße“ -

Stadtverordneter Laufs bittet um Erläuterung, warum sich der Ansatz bei der Haushaltsstelle „Alte Dürener Straße“ um 25.000 € erhöht.

Beigeordneter Schulz sagt zu, der Angelegenheit nachzugehen.

HHSt. 2.8810.34010 (Seite 626) – Erlös aus Holzverkäufen -

Stadtverordneter Garding bittet um Auskunft, warum die Haushaltsstelle „Erlös aus Holzverkäufen“ im Vermögenshaushalt veranschlagt ist.

Beigeordneter Schulz sagt zu, der Angelegenheit nachzugehen.

Die Beratung des Verwaltungs- und Vermögenshaushalt ist damit bis auf die noch offenen Fragen abgeschlossen.

Die seitens der Verwaltung in der beigefügten Änderungsliste vorgesehenen Änderungen werden vom Haupt- und Finanzausschuss einvernehmlich berücksichtigt.

Über die noch offenen Fragen und die weiteren Teile des Haushaltsplanes wird in der kommenden Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 15.05.2007 weiterberaten.

4. Änderung des Flächennutzungsplanes „Solarkraftwerk Königskamp III“
Beschluss über die Flächennutzungsplanänderung
- Dringlichkeitsentscheidung -
(Vorlagen-Nr.: 619/2007)

Beschlussentwurf:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt im Wege der Dringlichkeitsentscheidung gemäß § 60 Abs. 1 Satz 1 GO NRW für den Stadtrat wie folgt:

Der Rat der Stadt Jülich beschließt die Flächennutzungsplanänderung „Solarkraftwerk Königskamp III“ (s. Anlage).

B. Nichtöffentlicher Teil

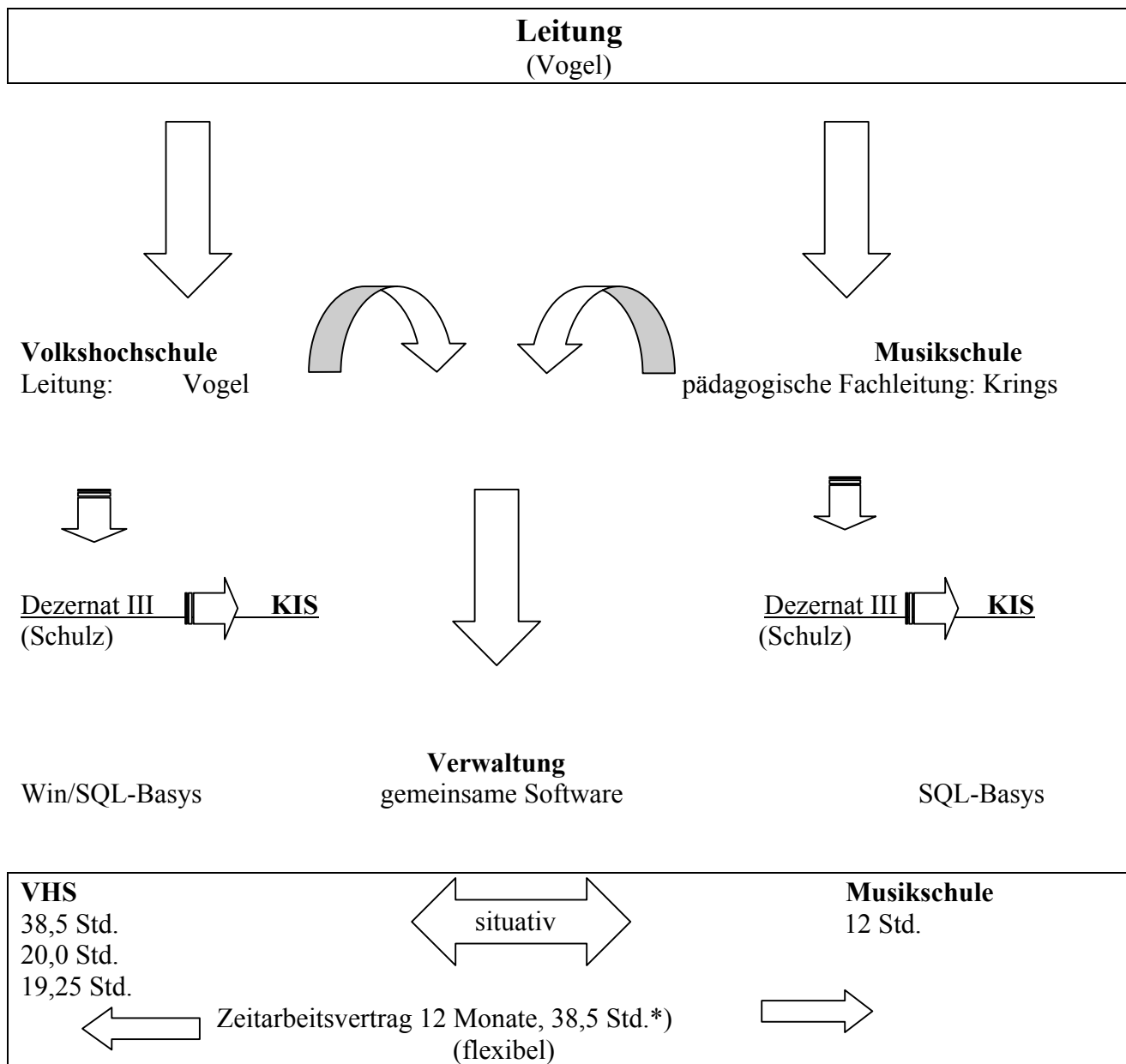
Mit einem Wort des Dankes schließt Bürgermeister Stommel gegen 16:20 Uhr die Sitzung.

Der Niederschrift sind als Anlagen beigefügt:

1. Organigramm des Verbundes Volkshochschule- Musikschule (TOP 3.3)
2. Änderungsliste zum Entwurf der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2007 einschließlich des Haushaltssicherungskonzepts (TOP 3)
3. Änderung des Flächennutzungsplanes „Solarkraftwerk Königskamp III“ (TOP 4)

Organigramm des Verbundes VHS - Musikschule

**Verbund
Volkshochschule – Musikschule**



*) siehe hierzu Vorlage Nr. _____ (Aufhebung des Einstellungsstoppbeschlusses zur Einstellung eines Verwaltungsmitarbeiters an der VHS)

Änderungsliste Haushaltssicherungskonzept 2007 bis 2010

Seite	Haushalts- stelle	(Kurz)-Bezeichnung	Ansatz 2007		Ansatz 2008		Ansatz 2009		Ansatz 2010		Erläuterung
			Entwurf neu	Veränderung	Entwurf neu	Veränderung	Entwurf neu	Veränderung	Entwurf neu	Veränderung	
Verwaltungshaushalt											
			27.000 €		27.000 €		27.000 €		27.000 €		
8	1.0000.40000	A Aufwandsentschädigung Ortsvorsteher	27.700 €	+700 €	27.700 €	+700 €	27.700 €	+700 €	27.700 €	+700 €	Erhöhung Entschädigung um 3 % zum 01.04.2007
			13.500 €		13.500 €		13.500 €		13.500 €		
8	1.0000.40001	A Aufwandsentschädigung BM-Vertreter	13.800 €	+300 €	13.800 €	+300 €	13.800 €	+300 €	13.800 €	+300 €	Erhöhung Entschädigung um 3 % zum 01.04.2007
			165.000 €		165.000 €		165.000 €		165.000 €		
8	1.0000.40002	A Aufwandsentschädigung / Sitzungsgelder	168.000 €	+3.000 €	168.000 €	+3.000 €	168.000 €	+3.000 €	168.000 €	+3.000 €	Erhöhung Entschädigung um 3 % zum 01.04.2007
			41.200 €		41.200 €		41.200 €		41.200 €		
18	1.0090.40000	A Aufwandsentschädigung FraktionsVS	42.200 €	+1.000 €	42.200 €	+1.000 €	42.200 €	+1.000 €	42.200 €	+1.000 €	Erhöhung Entschädigung um 3 % zum 01.04.2007
			98.680 €		99.700 €		100.700 €		101.700 €		
24	1.0200.41000	A Beamtenbezüge	98.680 €	+0 €	114.700 €	+15.000 €	115.800 €	+15.100 €	117.000 €	+15.300 €	Übernahme Anwärterin
			0 €		0 €		0 €		0 €		
26	1.0200.15704	E Erstattung Versicherung für Rohrbruch	17.000 €	+17.000 €	0 €	+0 €	0 €	+0 €	0 €	+0 €	
			0 €		0 €		0 €		0 €		
26	1.0200.50011	A Rohrbruch Nebengebäude	17.000 €	+17.000 €	0 €	+0 €	0 €	+0 €	0 €	+0 €	
			190.150 €		223.200 €		225.500 €		227.800 €		
34	1.0220.41400	A Entgelt tariflich Beschäftigte	190.150 €	+0 €	247.200 €	+24.000 €	307.700 €	+82.200 €	368.800 €	+141.000 €	Einstellung 4 Azubis pro Jahr ab 2008
			1.100 €		1.100 €		1.100 €		1.100 €		
40	1.0230.15000	E Erstattung Prozess-/Gerichtskosten	200.000 €	+198.900 €	1.100 €	+0 €	1.100 €	+0 €	1.100 €	+0 €	aus Verfahren Brückenkopf
			10.000 €		10.000 €		10.000 €		10.000 €		
40	1.0230.15700	E Erstattung Eigenschadenversicherung	35.000 €	+25.000 €	10.000 €	+0 €	10.000 €	+0 €	10.000 €	+0 €	
			0 €		0 €		0 €		0 €		
52	1.0251.63000	A IT-Sicherheitsmanagement	2.800 €	+2.800 €	2.800 €	+2.800 €	2.800 €	+2.800 €	2.800 €	+2.800 €	externe Vergabe
			50.000 €		50.000 €		50.000 €		50.000 €		
66	1.0350.16500	E Erstattung Personal durch SEG	50.000 €	+0 €	50.000 €	+0 €	0 €	-50.000 €	0 €	-50.000 €	Mitarbeiter scheiden aus
			430.000 €		430.000 €		430.000 €		430.000 €		
78	1.0600.71300	A Umlage KDVZ Frechen	450.000 €	+20.000 €	450.000 €	+20.000 €	450.000 €	+20.000 €	450.000 €	+20.000 €	gemäß Wirtschaftsplan 2007 KDVZ
			390.000 €		390.000 €		390.000 €		390.000 €		
92	1.1100.11010	E Parkgebühren Parkscheinautomaten	370.000 €	-20.000 €	390.000 €	+0 €	390.000 €	+0 €	390.000 €	+0 €	Anderung erst ab Mitte 2007
			1.000 €		1.000 €		1.000 €		1.000 €		
106	1.1300.15700	E Erstattung von Versicherungen	31.000 €	+30.000 €	1.000 €	+0 €	1.000 €	+0 €	1.000 €	+0 €	Versicherungsschaden Dach FWG Koslar
			0 €		0 €		0 €		0 €		
108	1.1300.50031	A Dach Feuerwehrgerätehaus Koslar	30.000 €	+30.000 €	0 €	+0 €	0 €	+0 €	0 €	+0 €	Sturmschaden
			0 €		0 €		0 €		0 €		
126	1.2000.52000	A Sachkosten IT-Support Schulen	5.000 €	+5.000 €	5.000 €	+5.000 €	5.000 €	+5.000 €	5.000 €	+5.000 €	für kleinere Anschaffungen

Seite	Haushalts- stelle	(Kurz)-Bezeichnung	Ansatz 2007		Ansatz 2008		Ansatz 2009		Ansatz 2010		Erläuterung
			Entwurf	Veränderung	Entwurf	Veränderung	Entwurf	Veränderung	Entwurf	Veränderung	
			neu		neu		neu		neu		
			0 €		0 €		0 €	0 €	0 €		
136	1.2102.15700	E Erstattung Versicherung Einbruchschaden	7.500 €	+7.500 €	0 €	+0 €	0 €	+0 €	0 €	+0 €	
			1.860 €		1.860 €		1.860 €	1.860 €	1.860 €		
136	1.2102.16900	E Erstattung Betriebskosten durch VHS	1.010 €	-850 €	1.010 €	-850 €	1.010 €	-850 €	1.010 €	-850 €	gemäß Neuberechnung (nur Innere Verrechnung)
			0 €		0 €		0 €	0 €	0 €		
136	1.2102.50081	A Behebung Einbruchschaden	7.500 €	+7.500 €	0 €	+0 €	0 €	+0 €	0 €	+0 €	
			2.090 €		2.090 €		2.090 €	2.090 €	2.090 €		
142	1.2103.16900	E Erstattung Betriebskosten durch VHS	1.950 €	-140 €	1.950 €	-140 €	1.950 €	-140 €	1.950 €	-140 €	gemäß Neuberechnung (nur Innere Verrechnung)
			0 €		0 €		0 €	0 €	0 €		
148	1.2104.50030	A Dachsanierung Lehrschwimmbekken	40.000 €	+40.000 €	0 €	+0 €	0 €	+0 €	0 €	+0 €	dringend erforderlich lt. Fachamt
			2.280 €		2.280 €		2.280 €	2.280 €	2.280 €		
158	1.2150.16900	E Erstattung Betriebskosten durch VHS	1.070 €	-1.210 €	1.070 €	-1.210 €	1.070 €	-1.210 €	1.070 €	-1.210 €	gemäß Neuberechnung (nur Innere Verrechnung)
			2.610 €		2.610 €		2.610 €	2.610 €	2.610 €		
164	1.2200.16900	E Erstattung Betriebskosten durch VHS	640 €	-1.970 €	640 €	-1.970 €	640 €	-1.970 €	640 €	-1.970 €	gemäß Neuberechnung (nur Innere Verrechnung)
			9.500 €		9.500 €		9.500 €	9.500 €	9.500 €		
164	1.2200.54001	A sonstige Betriebskosten Realschule	16.500 €	+7.000 €	16.500 €	+7.000 €	16.500 €	+7.000 €	16.500 €	+7.000 €	Abfallbeseitigung nicht berücksichtigt
			0 €		0 €		0 €	0 €	0 €		
170	1.2300.15700	E Erstattung Versicherung	10.000 €	+10.000 €	0 €	+0 €	0 €	+0 €	0 €	+0 €	Sturmschaden Dach PZ
			1.460 €		1.460 €		1.460 €	1.460 €	1.460 €		
170	1.2300.16900	E Erstattung Betriebskosten durch VHS	2.770 €	+1.310 €	2.770 €	+1.310 €	2.770 €	+1.310 €	2.770 €	+1.310 €	gemäß Neuberechnung (nur Innere Verrechnung)
			200.000 €		0 €		0 €		0 €		
170	1.2300.17100	E Landeszuweisung Ostflügel	0 €	-200.000 €	0 €	+0 €	0 €	+0 €	0 €	+0 €	Veranschlagung im Vermögenshaushalt
			170.000 €		0 €		0 €		0 €		
170	1.2300.50031	A Dach und Fassade Ostflügel	0 €	-170.000 €	0 €	+0 €	0 €	+0 €	0 €	+0 €	Veranschlagung im Vermögenshaushalt
			0 €		0 €		0 €		0 €		
170	1.2300.50032	A Dach PZ	10.000 €	+10.000 €	0 €	+0 €	0 €	+0 €	0 €	+0 €	Sturmschaden
			39.000 €		39.000 €		39.000 €	39.000 €	39.000 €		
176	1.2330.71800	A Zuschuss Haus Overbach	40.600 €	+1.600 €	40.600 €	+1.600 €	40.600 €	+1.600 €	40.600 €	+1.600 €	gemäß Schülerzahl 15.10.2006
			16.700 €		16.700 €		16.700 €	16.700 €	16.700 €		
202	1.3330.54000	A Bewirtschaftung Musikschule	19.000 €	+2.300 €	19.000 €	+2.300 €	19.000 €	+2.300 €	19.000 €	+2.300 €	gemäß neuem Grundbesitzabgabenbescheid
			0 €		0 €		0 €		0 €		
204	1.3500.17400	E Zuweisung Arbeitsverwaltung	30.000 €	+30.000 €	0 €	+0 €	0 €	+0 €	0 €	+0 €	zwei Maßnahmen akquiriert
			0 €		0 €		0 €		0 €		
204	1.3500.41610	A Personakosten Sondermaßnahmen	21.000 €	+21.000 €	0 €	+0 €	0 €	+0 €	0 €	+0 €	zwei Maßnahmen akquiriert
			0 €		0 €		0 €		0 €		
206	1.3500.52040	A Sachausgaben Sondermaßnahmen	7.000 €	+7.000 €	0 €	+0 €	0 €	+0 €	0 €	+0 €	zwei Maßnahmen akquiriert
			11.840 €		11.840 €		11.840 €	11.840 €	11.840 €		
206	1.3500.67900	A Erstattung Betriebskosten durch VHS	9.110 €	-2.730 €	9.110 €	-2.730 €	9.110 €	-2.730 €	9.110 €	-2.730 €	gemäß Neuberechnung (nur Innere Verrechnung)

Seite	Haushalts- stelle	(Kurz)-Bezeichnung	Ansatz 2007		Ansatz 2008		Ansatz 2009		Ansatz 2010		Erläuterung
			Entwurf	Veränderung	Entwurf	Veränderung	Entwurf	Veränderung	Entwurf	Veränderung	
			neu		neu		neu		neu		
			0 €		0 €		0 €		0 €		
224	1.400.16400	A Erstattung Personalausgaben	8.000 €	+8.000 €	36.000 €	+36.000 €	26.000 €	+26.000 €	0 €	+0 €	Drittmittel Stelle "Demografischer Wandel"
			478.610 €		483.400 €		488.200 €		493.100 €		
224	1.400.41400	A Personalausgaben	490.610 €	+12.000 €	528.400 €	+45.000 €	521.200 €	+33.000 €	493.100 €	+0 €	Stelle Demografischer Wandel 10/07 bis 09/09
			0 €		0 €		0 €		0 €		
266	1.4601.14000	E Miete Räume Vereine Kulturbahnhof	15.000 €	+15.000 €	15.000 €	+15.000 €	15.000 €	+15.000 €	15.000 €	+15.000 €	
			4.500 €		4.500 €		4.500 €		4.500 €		
286	1.4643.54000	A Energie Kindergarten Buchenweg	5.400 €	+900 €	5.400 €	+900 €	5.400 €	+900 €	5.400 €	+900 €	gemäß neuem Grundbesitzabgabenbescheid
			0 €		0 €		0 €		0 €		
314	1.5600.15700	E Erstattung Versicherung	2.500 €	+2.500 €	0 €	+0 €	0 €	+0 €	0 €	+0 €	Zeitwert Flutlicht Gästen analog Mersch
			8.190 €		8.190 €		8.190 €		8.190 €		
314	1.5600.16900	E Erstattung Betriebskosten TH Kurfürstenstr	8.410 €	+220 €	8.410 €	+220 €	8.410 €	+220 €	8.410 €	+220 €	gemäß Neuberechnung (nur Innere Verrechnung)
			0 €		0 €		0 €		0 €		
314	1.5600.51005	A Flutlicht Sportplatz Welldorf/Güsten	9.500 €	+9.500 €	0 €	+0 €	0 €	+0 €	0 €	+0 €	Beschädigung durch Dritten, siehe Einnahme
			91.000 €		91.000 €		91.000 €		91.000 €		
314	1.5600.54000	A Energie- und Wasser Sportplätze	114.000 €	+23.000 €	114.000 €	+23.000 €	114.000 €	+23.000 €	114.000 €	+23.000 €	höherer Wasserverbrauch
			765.000 €		700.000 €		700.000 €		700.000 €		
324	1.5900.71500	A Zuschuss Brückenkopfpark GmbH	740.000 €	-25.000 €	700.000 €	+0 €	700.000 €	+0 €	700.000 €	+0 €	in 2007 teilweise als Investitionskostenzuschuss
			0 €		0 €		0 €		0 €		
334	1.6010.50030	A Überprüfung Statik Dächer	2.800 €	+2.800 €	0 €	+0 €	0 €	+0 €	0 €	+0 €	ausstehende Rechnung BüHa Koslar
			160.000 €		490.000 €		490.000 €		490.000 €		
360	1.6700.57000	A Unterhaltung Beleuchtung EWV	160.000 €	+0 €	160.000 €	-330.000 €	160.000 €	-330.000 €	160.000 €	-330.000 €	kein Verkauf
			230.000 €		0 €		0 €		0 €		
360	1.6700.57001	A Unterhaltung Beleuchtung Stadtwerke	230.000 €	+0 €	230.000 €	+230.000 €	230.000 €	+230.000 €	230.000 €	+230.000 €	kein Verkauf
			200.000 €		0 €		0 €		0 €		
360	1.6700.58010	A Strom Straßenbeleuchtung Stadtwerke	204.000 €	+4.000 €	200.000 €	+200.000 €	200.000 €	+200.000 €	200.000 €	+200.000 €	kein Verkauf
			125.000 €		325.000 €		325.000 €		325.000 €		
360	1.6700.58012	A Strom Straßenbeleuchtung EWV	125.000 €	+0 €	125.000 €	-200.000 €	125.000 €	-200.000 €	125.000 €	-200.000 €	kein Verkauf
			80.000 €		80.000 €		80.000 €		80.000 €		
366	1.6800.11000	E Parkgebühren Oberdeck Parkhaus	13.000 €	-67.000 €	80.000 €	+0 €	80.000 €	+0 €	80.000 €	+0 €	Sperrung bis Ende 2007
			0 €		0 €		0 €		0 €		
374	1.6900.71200	A Umlage Hochwasserschutz Ellebach	2.600 €	+2.600 €	1.400 €	+1.400 €	1.400 €	+1.400 €	1.250 €	+1.250 €	Bescheid liegt vor für 2004/2005
			120.000 €		120.000 €		120.000 €		120.000 €		
376	1.6910.71302	A Beitrag WVER Wasserentnahmen	96.000 €	-24.000 €	66.000 €	-54.000 €	66.000 €	-54.000 €	66.000 €	-54.000 €	gemäß Mitteilung WVER
			0 €		0 €		0 €		0 €		
384	1.7000.17100	E Zuweisung Abwassergebühr	3.000 €	+3.000 €	0 €	+0 €	0 €	+0 €	0 €	+0 €	doch Zahlung für 2007
			0 €		0 €		0 €		0 €		
386	1.7000.63005	A Fortschreibung Abwasserbes.Konzept	5.900 €	+5.900 €	0 €	+0 €	0 €	+0 €	0 €	+0 €	Rest aus 2005 nicht nach 2007 übertragbar

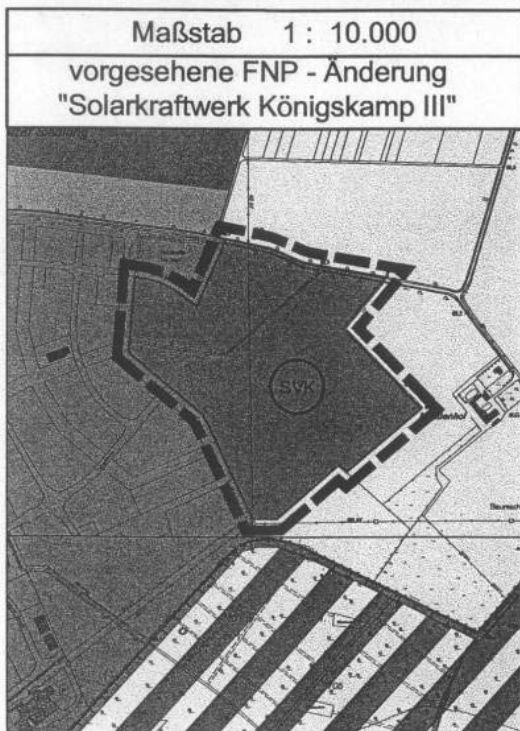
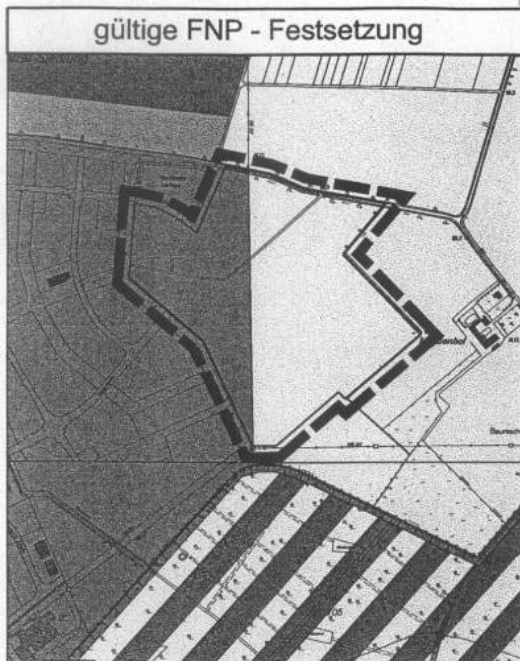
Seite	Haushalts- stelle	(Kurz)-Bezeichnung	Ansatz 2007		Ansatz 2008		Ansatz 2009		Ansatz 2010		Erläuterung
			Entwurf		Entwurf		Entwurf		Entwurf		
			neu	Veränderung	neu	Veränderung	neu	Veränderung	neu	Veränderung	
			0 €		0 €		0 €		0 €		
414	1.7610.16901	E Erstattung Betriebskosten durch VHS	130 €	+130 €	130 €	+130 €	130 €	+130 €	130 €	+130 €	gemäß Neuberechnung (nur Innere Verrechnung)
			4.800 €		4.800 €		4.800 €		4.800 €		
418	1.7611.14010	E Miete Hausmeister BüHa Koslar	1.100 €	-3.700 €	0 €	-4.800 €	0 €	-4.800 €	0 €	-4.800 €	Übtragung auf Verein
			5.200 €		5.200 €		5.200 €		5.200 €		
418	1.7611.16800	E Erstattung Überschuss BüHa Koslar	0 €	-5.200 €	0 €	-5.200 €	0 €	-5.200 €	0 €	-5.200 €	Übtragung auf Verein
			1.000 €		1.000 €		1.000 €		1.000 €		
418	1.7611.50000	A bauliche Unterhaltung BüHa Koslar	200 €	-800 €	0 €	-1.000 €	0 €	-1.000 €	0 €	-1.000 €	Übtragung auf Verein
			950 €		950 €		950 €		950 €		
418	1.7611.54900	A Gebäudeversicherung BüHa Koslar	0 €	-950 €	0 €	-950 €	0 €	-950 €	0 €	-950 €	Übtragung auf Verein
			1.000 €		1.000 €		1.000 €		1.000 €		
418	1.7611.67910	A Bauhofverrechnung BüHa Koslar	0 €	-1.000 €	0 €	-1.000 €	0 €	-1.000 €	0 €	-1.000 €	Übtragung auf Verein
			1.100 €		1.100 €		1.100 €		1.100 €		
418	1.7611.71800	A Zuschuss Unterhaltung	0 €	-1.100 €	0 €	-1.100 €	0 €	-1.100 €	0 €	-1.100 €	nur noch ein Zuschuss zu Aufwendungen
			6.200 €		6.200 €		6.200 €		6.200 €		
418	1.7611.71801	A Zuschuss laufende Aufwendungen	7.200 €	+1.000 €	7.200 €	+1.000 €	7.200 €	+1.000 €	7.200 €	+1.000 €	nur noch ein Zuschuss zu Aufwendungen
			5.200 €		5.200 €		5.200 €		5.200 €		
418	1.7611.71802	A Erstattung Überschuss BüHa Koslar	0 €	-5.200 €	0 €	-5.200 €	0 €	-5.200 €	0 €	-5.200 €	Übtragung auf Verein
			650 €		650 €		650 €		650 €		
422	1.7613.16900	E Erstattung Betriebskosten durch VHS	430 €	-220 €	430 €	-220 €	430 €	-220 €	430 €	-220 €	gemäß Neuberechnung (nur Innere Verrechnung)
			2.719.600 €		2.749.600 €		2.759.600 €		2.769.600 €		
436	1.7710.16950	E Einnahmen Bauhofverrechnung	2.718.600 €	-1.000 €	2.748.600 €	-1.000 €	2.758.600 €	-1.000 €	2.768.600 €	-1.000 €	Wegfall Verrechnung BüHa Koslar
			1.481.200 €		1.496.000 €		1.511.000 €		1.526.100 €		
436	1.7710.41400	A Personalausgaben Bauhof	1.496.200 €	+15.000 €	1.556.000 €	+60.000 €	1.571.600 €	+60.600 €	1.587.300 €	+61.200 €	zwei zusätzliche Stellen ab 10/2007
			930.000 €		185.000 €		100.000 €		100.000 €		
454	1.8170.21000	E Gewinn Stadtwerke	1.010.000 €	+80.000 €	450.000 €	+265.000 €	150.000 €	+50.000 €	150.000 €	+50.000 €	Gewinn 2007 noch voll an Stadt
			200.000 €		670.000 €		520.000 €		540.000 €		
462	1.8700.21000	E Gewinnabführung SEG	0 €	-200.000 €	440.000 €	-230.000 €	410.000 €	-110.000 €	365.000 €	-175.000 €	gemäß neuem Wirtschaftsplan
			100.000 €		100.000 €		100.000 €		100.000 €		
464	1.8800.14000	E Miete Hausbesitz	110.000 €	+10.000 €	110.000 €	+10.000 €	110.000 €	+10.000 €	110.000 €	+10.000 €	gemäß Stand 2007
			15.500 €		5.500 €		5.500 €		5.500 €		
464	1.8800.50070	A bauliche Unterhaltung Hausbesitz	23.500 €	+8.000 €	5.500 €	+0 €	5.500 €	+0 €	5.500 €	+0 €	Mehrausgaben Wohnung Schindberg
			10.560.000 €		10.931.000 €		11.369.000 €		11.824.000 €		
476	1.9000.01000	E Anteil Einkommensteuer	11.410.000 €	+850.000 €	11.807.000 €	+876.000 €	12.280.000 €	+911.000 €	12.772.000 €	+948.000 €	gemäß Bescheid für 1/2007
			1.546.000 €		1.586.000 €		1.618.000 €		1.650.000 €		
476	1.9000.01200	E Anteil Umsatzsteuer	1.562.000 €	+16.000 €	1.603.000 €	+17.000 €	1.635.000 €	+17.000 €	1.668.000 €	+18.000 €	gemäß Bescheid für 1/2007
			5.180.000 €		4.810.000 €		4.940.000 €		4.970.000 €		
478	1.9000.04100	E Schlüsselzuweisungen	5.180.000 €	+0 €	4.180.000 €	-630.000 €	4.030.000 €	-910.000 €	4.230.000 €	-740.000 €	Neuberechnung Finanzausgleich

Seite	Haushalts- stelle	(Kurz)-Bezeichnung	Ansatz 2007		Ansatz 2008		Ansatz 2009		Ansatz 2010		Erläuterung
			Entwurf		Entwurf		Entwurf		Entwurf		
			neu	Veränderung	neu	Veränderung	neu	Veränderung	neu	Veränderung	
			1.066.000 €		1.103.000 €		1.147.000 €		1.193.000 €		
478	1.9000.09100	E Familienleistungsausgleich	1.121.000 €	+55.000 €	1.160.000 €	+57.000 €	1.206.000 €	+59.000 €	1.254.000 €	+61.000 €	gemäß Bescheid für 2007
			1.264.000 €		1.264.000 €		1.315.000 €		1.341.000 €		
478	1.9000.81000	A Gewerbesteuerumlage	1.200.000 €	-64.000 €	998.000 €	-266.000 €	1.107.000 €	-208.000 €	1.236.000 €	-105.000 €	Erstattung Abrechnung IV/06, Senkung ab 2008
			1.164.000 €		1.164.000 €		1.212.000 €		1.236.000 €		
478	1.9000.81100	A Beteiligung Fond Einheit	1.100.000 €	-64.000 €	1.164.000 €	+0 €	1.212.000 €	+0 €	1.236.000 €	+0 €	Erstattung Abrechnung IV/06
			12.173.000 €		13.020.000 €		13.414.000 €		13.821.000 €		
480	1.9000.83200	A Kreisumlage	12.806.000 €	+633.000 €	12.854.000 €	-166.000 €	13.249.000 €	-165.000 €	13.645.000 €	-176.000 €	keine Senkung in 2007
			5.206.000 €		5.533.000 €		5.701.000 €		5.874.000 €		
480	1.9000.83210	A Jugendamtsumlage	5.468.000 €	+262.000 €	5.709.000 €	+176.000 €	5.885.000 €	+184.000 €	6.060.000 €	+186.000 €	keine Senkung in 2007
			2.850.000 €		2.850.000 €		2.990.000 €		3.050.000 €		
482	1.9100.80600	A Zinsausgaben	2.850.000 €	+0 €	2.780.000 €	-70.000 €	2.931.000 €	-59.000 €	3.033.000 €	-17.000 €	gemäß neuen Zins- und Tilgungsplänen
			600.000 €		10.000 €		10.000 €		10.000 €		
482	1.9100.80610	A Zinsen Kassenkredite	800.000 €	+200.000 €	480.000 €	+470.000 €	150.000 €	+140.000 €	150.000 €	+140.000 €	Stadtwerkeanteilverkauf erst 2008
			20.761.700 €		0 €		0 €		0 €		
490	1.9150.28000	E Zuführung vom Vermögenshaushalt	0 €	-20.761.700 €	17.000.000 €	+17.000.000 €	0 €	+0 €	2.750.000 €	+2.750.000 €	Verkauf erst in 2008
			1.001.900 €		1.042.500 €		1.126.100 €		1.191.700 €		
490	1.9150.86000	A Pflichtzuführung	1.001.900 €	+0 €	1.038.500 €	-4.000 €	1.159.100 €	+33.000 €	1.202.700 €	+11.000 €	gemäß neuen Zins- und Tilgungsplänen
			20.761.650 €		0 €		0 €		0 €		
492	1.9200.89200	A Deckung Fehlbeträge Vorjahre	20.742.600 €	-19.050 €	20.642.600 €	+20.642.600 €	3.187.050 €	+3.187.050 €	2.959.000 €	+2.959.000 €	gemäß Ergebnis 2006, Abdeckung erst 2008
			1.175.000 €		1.186.700 €		1.198.600 €		1.210.600 €		
	verschiedene	A Umlage RVK Beamte	936.100 €	-238.900 €	945.400 €	-241.300 €	954.900 €	-243.700 €	964.500 €	-246.100 €	Wenigerausgaben gemäß Abrechnung 2006
		VERÄNDERUNGEN EINNAHMEN		-19.903.430 €		+17.402.270 €		+4.270 €		+2.873.270 €	
		VERÄNDERUNGEN AUSGABEN		+739.170 €		+20.589.320 €		+2.963.270 €		+2.873.270 €	
		GESAMTSALDO VERÄNDERUNGEN		-20.642.600 €		-3.187.050 €		-2.959.000 €		+0 €	
		FEHLBETRAG LAUT ENTWURF		+0 €		+0 €		+0 €		+0 €	
		FEHLBETRAG NEU		-20.642.600 €		-3.187.050 €		-2.959.000 €		+0 €	
		EINNAHMEN VERWALTUNGSHAUSHALT ENTWURF	94.341.000 €		73.169.080 €		74.078.640 €		74.773.740 €		
		VERÄNDERUNGEN EINNAHMEN		-19.903.430 €		+17.402.270 €		+4.270 €		+2.873.270 €	
		EINNAHMEN VERWALTUNGSHAUSHALT NEU	74.437.570 €		90.571.350 €		74.082.910 €		77.647.010 €		
		AUSGABEN VERWALTUNGSHAUSHALT ENTWURF	94.341.000 €		73.169.080 €		74.078.640 €		74.773.740 €		
		VERÄNDERUNGEN AUSGABEN		+739.170 €		+20.589.320 €		+2.963.270 €		+2.873.270 €	
		AUSGABEN VERWALTUNGSHAUSHALT NEU	95.080.170 €		93.758.400 €		77.041.910 €		77.647.010 €		

Seite	Haushalts- stelle	(Kurz)-Bezeichnung	Ansatz 2007		Ansatz 2008		Ansatz 2009		Ansatz 2010		Erläuterung
			Entwurf	Veränderung	Entwurf	Veränderung	Entwurf	Veränderung	Entwurf	Veränderung	
			neu		neu		neu		neu		
Vermögenshaushalt											
			0 €		0 €		0 €		0 €		
504	2.0200.94007	A Umbau Altes Rathaus	5.000 €	+5.000 €	0 €	+0 €	0 €	+0 €	0 €	+0 €	Aufträge Ingenieur und Elektro
			100.000 €		75.000 €		75.000 €		75.000 €		
510	2.0600.93500	A Beschaffung von Hard- und Sodftware	110.000 €	+10.000 €	75.000 €	+0 €	75.000 €	+0 €	75.000 €	+0 €	für Software und Netzwerk Musikschule
			0 €		0 €		0 €		0 €		
534	2.2104.94004	A Schulhof OGS GGS-West	20.000 €	+20.000 €	0 €	+0 €	0 €	+0 €	0 €	+0 €	bisher nicht veranschlagt
			50.000 €		0 €		0 €		0 €		
540	2.2200.94003	A Umbaumaßnahmen Realschule	70.000 €	+20.000 €	0 €	+0 €	0 €	+0 €	0 €	+0 €	gemäß neuester Kostenschätzung
			0 €		0 €		0 €		0 €		
540	2.2200.93501	A Einrichtung Lehrerzimmer Realschule	30.000 €	+30.000 €	0 €	+0 €	0 €	+0 €	0 €	+0 €	gemäß neuester Kostenschätzung
			0 €		0 €		0 €		0 €		
542	2.2300.36100	E Landeszuweisung Ostflügel	200.000 €	+200.000 €	0 €	+0 €	0 €	+0 €	0 €	+0 €	bisher Verwaltungshaushalt
			0 €		0 €		0 €		0 €		
542	2.2300.94001	A Dach und Fassade Ostflügel	390.000 €	+390.000 €	180.000 €	+180.000 €	0 €	+0 €	0 €	+0 €	bisher Verwaltungshaushalt (2008=VE 2007)
			10.000 €		10.000 €		10.000 €		10.000 €		
568	2.4600.93500	A Ausstattung Spielplätze	46.500 €	+36.500 €	10.000 €	+0 €	10.000 €	+0 €	10.000 €	+0 €	Spielplätze Selgersdorf, Merzenhausen, Im Ruhof
			0 €		0 €		0 €		0 €		
572	2.4642.94002	A Therapieraum Kindergarten Broich	30.000 €	+30.000 €	0 €	+0 €	0 €	+0 €	0 €	+0 €	
			200.000 €		200.000 €		200.000 €		200.000 €		
560	2.5100.98100	A Krankenhausumlage	408.500 €	+208.500 €	400.000 €	+200.000 €	400.000 €	+200.000 €	400.000 €	+200.000 €	gemäß Bescheid für 2007
			950.000 €		0 €		0 €		0 €		
564	2.5600.94002	A Neubau Sportplatz Koslar	776.000 €	-174.000 €	200.000 €	+200.000 €	0 €	+0 €	0 €	+0 €	MWSt-Erhöhung, teilweise Verschiebung auf VE
			0 €		0 €		0 €		0 €		
568	2.5900.98500	A Zuschuss Brückenkopfpark	25.000 €	+25.000 €	0 €	+0 €	0 €	+0 €	0 €	+0 €	Investitionskostenzuschuss
			8.000 €		0 €		0 €		0 €		
572	2.6300.94002	A Straßenbau Alte Dürener Straße	33.000 €	+25.000 €	0 €	+0 €	0 €	+0 €	0 €	+0 €	
			0 €		0 €		0 €		0 €		
574	2.6300.98100	A Rückzahlung LZ Leisartstraße	4.000 €	+4.000 €	0 €	+0 €	0 €	+0 €	0 €	+0 €	gemäß tatsächliche Ausgaben
			4.200.000 €		0 €		0 €		0 €		
576	2.6700.34000	E Verkaufserlöse Straßenbeleuchtung	0 €	-4.200.000 €	0 €	+0 €	0 €	+0 €	0 €	+0 €	kein Verkauf, da unwirtschaftlich
			0 €		0 €		0 €		0 €		
578	2.6800.94000	A Sanierung Parkhaus	750.000 €	+750.000 €	350.000 €	+350.000 €	400.000 €	+400.000 €	0 €	+0 €	Ansatz 2008 = VE 2007
			5.000 €		0 €		0 €		0 €		
578	2.6810.93500	A Beschaffung Parkscheinautomaten	30.000 €	+25.000 €	0 €	+0 €	0 €	+0 €	0 €	+0 €	fünf Automaten für zusätzliche Bereiche
			180.000 €		100.000 €		0 €		0 €		
584	2.7000.94019	A Kanalsanierung Bauhofstraße	30.000 €	-150.000 €	250.000 €	+150.000 €	0 €	+0 €	0 €	+0 €	in 2007 nur Planung, Ansatz 2008 = VE 2007





Seite	Haushalts- stelle	(Kurz)-Bezeichnung	Ansatz 2007		Ansatz 2008		Ansatz 2009		Ansatz 2010		Erläuterung
			Entwurf	Veränderung	Entwurf	Veränderung	Entwurf	Veränderung	Entwurf	Veränderung	
			neu		neu		neu		neu		
			20.000 €		0 €		0 €		0 €		
586	2.7000.95024	A Sanierung RÜB Welldorf	170.000 €	+150.000 €	430.000 €	+430.000 €	0 €	+0 €	0 €	+0 €	bisher nicht veranschlagt (2008=VE 2007)
			340.000 €		30.000 €		0 €		0 €		
586	2.7000.95031	A Kanalverbindung Güsten-Pattern-Jülich	0 €	-340.000 €	0 €	-30.000 €	0 €	+0 €	0 €	+0 €	Maßnahme wird von WVER durchgeführt
			0 €		0 €		0 €		0 €		
592	2.7700.93500	A Beschaffung Fahrzeug Fuhrpark	10.000 €	+10.000 €	0 €	+0 €	0 €	+0 €	0 €	+0 €	Anschaffung Gebrauchtwagen
			16.561.700 €		0 €		0 €		0 €		
598	2.8170.33000	E Verkauf Stadtwerkeanteile	0 €	-16.561.700 €	17.000.000 €	+17.000.000 €	0 €	+0 €	0 €	+0 €	Verkauf erst 2008
			3.440.000 €		50.000 €		50.000 €		50.000 €		
606	2.8810.34000	E Einnahmen Grundstücksverkauf	4.440.000 €	+1.000.000 €	620.000 €	+570.000 €	50.000 €	+0 €	2.800.000 €	+2.750.000 €	Wallgraben, Dr.Weyer-Str., Sternschanze
			10.000 €		0 €		0 €		0 €		
606	2.8810.93202	A Grunderwerb	210.000 €	+200.000 €	0 €	+0 €	0 €	+0 €	0 €	+0 €	Rückkauf grundstücke Sternschanze
			725.000 €		725.000 €		725.000 €		725.000 €		
612	2.9000.36100	E Investitionszuschale	800.000 €	+75.000 €	800.000 €	+75.000 €	800.000 €	+75.000 €	800.000 €	+75.000 €	Mehreinnahmen gemäß Bescheid für 2007
			997.000 €		3.680.000 €		2.439.000 €		1.270.000 €		
614	2.9100.37700	A Kreditaufnahme	997.000 €	+0 €	4.515.000 €	+835.000 €	2.964.000 €	+525.000 €	1.395.000 €	+125.000 €	
			900.000 €		940.000 €		1.018.000 €		1.078.000 €		
614	2.9100.97600	A Tilgung	900.000 €	+0 €	936.000 €	-4.000 €	1.051.000 €	+33.000 €	1.089.000 €	+11.000 €	gemäß neuen Zins- und Tilgungsplänen
			1.001.900 €		1.042.500 €		1.126.100 €		1.191.700 €		
618	2.9150.30000	E Pflichtzuführung	1.001.900 €	+0 €	1.038.500 €	-4.000 €	1.159.100 €	+33.000 €	1.202.700 €	+11.000 €	gemäß neuen Zins- und Tilgungsplänen
			20.761.700 €		0 €		0 €		0 €		
618	2.9150.90000	A Zuführung an Verwaltungshaushalt	0 €	-20.761.700 €	17.000.000 €	+17.000.000 €	0 €	+0 €	2.750.000 €	+2.750.000 €	Stadtwerke in 2008; 2010 = FH-Grundstück
		EINNAHMEN VERMÖGENSHAUSHALT ENTWURF	34.379.300 €		15.247.400 €		12.690.400 €		11.586.400 €		
		VERÄNDERUNGEN EINNAHMEN		-19.486.700 €		+18.476.000 €		+633.000 €		+2.961.000 €	
		EINNAHMEN VERMÖGENSHAUSHALT NEU	14.892.600 €		33.723.400 €		13.323.400 €		14.547.400 €		
		AUSGABEN VERMÖGENSHAUSHALT ENTWURF	34.379.300 €		15.247.400 €		12.690.400 €		11.586.400 €		
		VERÄNDERUNGEN AUSGABEN		-19.486.700 €		+18.476.000 €		+633.000 €		+2.961.000 €	
		AUSGABEN VERMÖGENSHAUSHALT NEU	14.892.600 €		33.723.400 €		13.323.400 €		14.547.400 €		
				0 €		0 €		0 €		0 €	
		VERPFLICHTUNGSERMÄCHTIGUNGEN ENTWURF	5.326.000 €		0 €		0 €		0 €		
		VERÄNDERUNGEN VERPFLICHTUNGSERMÄCHTIGUNGEN		+1.130.000 €		+0 €		+0 €		+0 €	
		VERPFLICHTUNGSERMÄCHTIGUNGEN NEU	6.456.000 €		0 €		0 €		0 €		

0 €




Legende


1. Art der baulichen Nutzung

-  1.1. Wohnbauflächen
-  1.2. Gemischte Bauflächen
-  1.3. Gewerbliche Bauflächen
-  1.4. Sonderbauflächen
Zweckbestimmung:
Solartechnisches Ver-
suchskraftwerk (SVK)


12. Flächen für die Landwirtschaft und Wald

-  12.1. Flächen für die Landwirtschaft

13. Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft

-  13.1. Umgrenzung von Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und Entwicklung von Natur und Landschaft

15. Sonstige Planzeichen

-  15.13. Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bauleitplanes

Übersicht M 1 : 20.000

